
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

SCHULDENBREMSE

09.09.2010

Weiter sagte Rentsch:

„Die Hessische Verfassung beschränkt zwar jetzt schon die Aufnahme von Krediten. Es hat sich jedoch gezeigt, dass diese Regelung nicht geeignet ist und war, um die Aufnahme der Schulden zu begrenzen. Denn die zur Finanzierung der Investitionen aufgenommenen Kredite wurden immer weiter verlängert, während die Investitionsobjekte wirtschaftlich bereits abgeschrieben waren. Dadurch verschlechterte sich die Nettovermögensposition des Landes. Gleichzeitig konnte unter dem Hinweis, das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht sei gestört, die Kreditaufnahme über die Investitionsgrenze hinaus ausgedehnt werden. Die Rückzahlung dieser Kredite war jedoch nicht vorgeschrieben und erfolgte auch nicht.

Wir Liberale wollen diese Entwicklung nicht fortsetzen. Deshalb werden wir alles Notwendige unternehmen, um das weitere Anwachsen der Staatsverschuldung zu beenden. Sobald dies erreicht ist, muss die bestehende Staatsverschuldung zurückgeführt werden.

Die vorgeschlagene Schuldenbremse stellt eine sinnvolle Regelung dar, weil der Aufbau neuer Schulden verhindert wird. Zukünftig sind alle laufenden Ausgaben über regelmäßige Einnahmen zu finanzieren – und eben nicht mehr über dauerhafte Neuverschuldung.

Wir freuen uns, wenn SPD und Grüne – wie auf Bundesebene auch – ihren vielen Worten nun auch in Hessen Taten folgen lassen wollen und sie mit uns zusammen für eine eigene hessische Schuldenbremse sorgen. Unterstützung aus der Mitte der Gesellschaft für unser Vorhaben spüren wir ja jetzt schon. So hat die Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände bereits ihre Zustimmung öffentlich geäußert.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de